



HESSISCHER LANDTAG

17. 04. 2024

WVA

Berichts Antrag

**Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD),
Roman Bausch (AfD) und Dimitri Schulz (AfD)**

Hessens Wirtschaft durch Entwicklungszusammenarbeit stärken

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist Deutschland der weltweit zweitgrößte Geber von öffentlichen Leistungen. Trotz dieser umfangreichen Bemühungen profitieren deutsche Unternehmen im Vergleich zu ihren Konkurrenten aus Ländern wie China, Russland, Japan, Südkorea und den USA deutlich weniger von staatlich finanzierten Entwicklungsprojekten, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seinem Grundsatzpapier „Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende“ feststellt.

Auch die Hessische Landesregierung ist weltweit in der EZ aktiv. Die vom BDI vorgeschlagenen Änderungen für die Ausrichtung der EZ können auch für die hessische Wirtschaft relevant sein.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlicher Raum (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Angesichts der Ankündigung der Landesregierung im Koalitionsvertrag, die Mittel für die EZ deutlich anzuheben, um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden: Um wie viel werden diese Mittel erhöht? Bitte Projekte und geplante Erhöhung in Euro auflisten.
2. Auf welcher Rechtsgrundlage definiert die Landesregierung ihre internationale Verantwortung?
3. Welchen konkreten, über die Wahrnehmung internationaler Verantwortung hinausgehenden hessischen Interessen dient die unter 1. adressierte Anhebung der Mittel für die EZ?
4. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass hessische Entwicklungsgelder so genutzt werden, dass nach Möglichkeit hessische Unternehmen im Vergabeverfahren von Projekten in den Empfängerländern profitieren?
5. Wie steht die Landesregierung dazu, angesichts der notwendigen Konsolidierung des Haushalts, Einsparungen als Anreiz zum effizienteren entwicklungspolitischen Handeln in Erwägung zu ziehen und damit ein ergebnisorientierteres Management zu befördern?
6. Wie beurteilt die Landesregierung das BDI-Fazit, dass eine Zeitenwende in der Entwicklungspolitik notwendig sei, weil die EZ in ihrer jetzigen Form in vielen Ländern keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung befördert und der Großteil der Sustainable Development Goals (SDG) bis 2030 nicht erreicht wird, perspektivisch weniger Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und der globale Systemwettbewerb kein „Weiter so“ erlaubt?
7. Wie steht die Landesregierung zu den vom BDI vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich des Bürokratieabbaus?
8. Wie ist die Position der Landesregierung zur Forderung des BDI, chinesische Staatsfirmen generell von internationalen Vergaben im Rahmen der EZ auszuschließen, ähnlich der Praxis der amerikanischen Entwicklungsagentur Millennium Challenge Corporation?
Bitte Position erläutern.

9. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die EZ zu verbessern und eine effektivere Koordination zwischen Botschaften, Auslandshandelskammern, GIZ-Strukturen und nichtstaatlichen Organisationen zu erreichen? Bitte Maßnahmen erläutern. Bitte ebenfalls erläutern, welche arbeitsfähigen Strukturen zum hier grundsätzlich zuständigen BMZ bereits bestehen.
10. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Technologie- und Innovationspartnerschaften zwischen hessischen Unternehmen und Entwicklungsländern zu fördern?
11. Betrachtet die Landesregierung mehr Mittel zur Finanzierungsunterstützung und zur Risikoabsicherung privaten Kapitals als effizienzsteigerndes Instrument zur Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und EZ? Werden entsprechende Anpassungen an zukünftiges Handeln in Erwägung gezogen?
12. Wie plant die Landesregierung, niedragschwellige Kredite, sogenannte „small tickets“, im Rahmen der EZ für den hessischen Mittelstand zu ermöglichen?
13. Beabsichtigt die Landesregierung im Rahmen der EZ, Rohstoffpartnerschaften besonders für die Bereiche chemische Industrie, Automobilindustrie, Energie und Infrastruktur zu unterstützen? Bitte die einzelnen Unterstützungsmaßnahmen erläutern.
14. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung im Rahmen der EZ, um den Zugang hessischer Industrieunternehmen zu kritischen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt und Bauxit zu verbessern und zu stärken?
15. Plant die Landesregierung Maßnahmen, um höhere Standards im Bergbausektor in Empfängerländern der hessischen Entwicklungshilfe zu fördern, um negative Aspekte wie Kinderarbeit zu verhindern?
16. Wie beurteilt die Landesregierung die potenziellen Auswirkungen des Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetzes sowie der europäischen Lieferkettenregulierung „Corporate Sustainability Due Diligence Directive“ (CSDDD) auf die Geschäftstätigkeiten hessischer Unternehmen in Ländern des sogenannten Globalen Südens?
17. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um sicherzustellen, dass die gesetzlichen Vorgaben zu Lieferketten das Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort unterstützen?
18. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung verhindern, dass hessische Unternehmen aufgrund der CSDDD und anderer Vorschriften der EU ihre Lieferketten aus den Empfängerländern hessischer Entwicklungshilfe zurückverlagern oder sich ganz aus diesen Ländern zurückziehen?
19. Wie positioniert sich die Landesregierung gegenüber Empfängerländern, die die Remigration und damit die Aufnahme von ausreisepflichtigen Asylbewerbern, die ursprünglich aus dem Empfängerland stammen, verweigern bzw. ablehnen?

Wiesbaden, 17. April 2024

Olaf Schwaier
Klaus Gagel
Andreas Lichert
Dimitri Schulz
Roman Bausch